

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6050-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabeämtern: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 115.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabeämter, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Träger keinen Anspruch auf Befreiung des Blattes oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreis: Öffentliche Anzeigen M. 12.—, Finanz- und Realversteigerungs-Anzeigen M. 18.—, auswärtsige Anzeigen M. 18.—, örtliche Anzeigen M. 15.—, auswärtsige Anzeigen M. 20.— für die einseitige Anzeigenhälfte oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Reichplatz 15300.

Montag, 4. September 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 411. • 70. Jahrgang.

Was nun?

Der Wert der Entscheidung der Reparationskommission, durch sechsmonatliche Schikanenweisungen die noch in diesem Jahre bestehenden Verpflichtungen Deutschlands aus dem Londoner Zahlungsplan und dem Teilschlag von Cannes (es handelt sich um 270 Millionen Goldmark = 96 Milliarden Papiermark) abgelenkt zu lassen, wird durch drei Fragestellungen begrenzt:

1. Wird in dieser 4 Monaten bis Jahresende eine Umstellung der amerikanischen Politik gegenüber Europa möglich sein?

2. Wird in Frankreich trotz der dortigen erheblichen Wirtschaftsnöte und Finanznöten auch weiterhin langsam die wirtschaftliche Vernunft eindringen?

3. Wird die Gestaltung der kleinasiatischen politischen und wirtschaftlichen Lage England die Rückgewinnung und Wahrung seiner Selbstständigkeit gegenüber den Fragen des europäischen Kontinents gestatten?

Und gegenüber diesen drei Fragen, deren Beantwortung nach der jetzt festgelegten Frist erfolgen und über Gesundheit oder Verfall Mitteleuropas entscheiden wird, ist uns Aktivität und erhebliche Möglichkeit positiver Beeinflussung gegeben.

Die Entscheidung der Reparationskommission steht vor, daß in den nächsten Tagen über die Sicherheiten für die auszubühnenden Schatzwechsel verhandelt werden soll, und zwar zwischen Belgien, dem die Priorität an den jetzt fraglichen deutschen Leistungen zusteht, und Deutschland. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von Poincaré mehrfach in die Debatte geworfene Forderung nach „produktiven Pfändern“ undisputabel ist. Ebenso wenig ist es, insbesondere nach den finanzwirtschaftlichen Richtlinien der Genuev-Konferenz, möglich, über die Goldbestände der Reichsbank irgendeine Pfandverpflichtung zu verhängen, wobei als ein sehr wesentliches weiteres Hindernismoment noch auf die von der Entente im Dezember 1921 geforderte und im Mai 1922 Gesetz gewordene Autonomie der Reichsbank zu verweisen ist. Wird man überhaupt über die im Londoner Zahlungsplan festgelegten Pfänder, Zölle und Ausfuhrabgaben hinaus wesentliche Teile der Reichseinnahmen für Pfandzwecke verfügbar machen können? Was stets gegenüber der Forderung von Poincaré gesagt wurde: Moratorium mit Pfändern heißt mit der rechten Hand geben und der linken Hand das Gegebene nehmen, das gilt auch hier. Vor allem dann, wenn es den Mitgliedern der Reparationskommission ernst mit der Absicht ist, durch eine Beruhigung die Voraussetzungen für eine Ordnung der deutschen Finanzwirtschaft zu schaffen.

Dies Letztere führt aber zu den eingangs angeführten Fragen zurück. Es ist das Gebot der Stunde, daß wir in Deutschland mit starker wirtschaftlicher Selbstzucht uns dafür einsetzen, daß die Wirtschaft dem Staat hilft, daß jede einzelne wirtschaftliche Handlung, Produktion und Konsumtion mit den Staatsnotwendigkeiten in Übereinstimmung steht. Wesentliches, was getan werden muß, steht in dem Programm der Gewerkschaften und in dem neuen Gutachten des Reichswirtschaftsrates.

Einschränkung, wenn möglich völlige Knebelung des Luxusverbrauchs soll nicht nur theoretische Forderung sein. Insbesondere muß hierbei der Aktivierung der Handelsbilanz gebient werden. Das ist aber nicht nur durch eine negative Maßnahme, durch Verbote, zu erreichen. Positiv ist daneben die Förderung nach stärkerer Stützung und Förderung der deutschen Exportwirtschaft zu stellen. Muß hier nicht eine sofortige grundsätzliche Änderung unserer bisherigen Exportvalutapolitik einsetzen? Die Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den ausländischen Handelsverkehr braucht, wird so weitgehend nicht durchführbar sein, da eine Vielzahl in Wirtschaftsbetrieben, die keine direkte internationale Handelsverknüpfung hat, doch privatwirtschaftlich so eng an die Kurven der Geldentwertung angeschlossen ist, daß nur ausreichende Devisenreserve den Betrieb vor der Gefahr einer reinen Hazardewirtschaft bewahrt.

Auf dem Gebiet der engeren Finanzpolitik selbst wird von aller weiteren Kräftevergeudung abgesehen werden müssen. Es handelt sich jetzt noch nicht darum, Anleihen durchzuführen, sondern Voraussetzungen für innere und äußere Anleihen zu schaffen. Hierzu gehört die Herstellung der Kreditwürdigkeit, soweit dies durch unsere Wirksamkeit erreicht werden kann. Kreditwürdigkeit hat zur ersten Voraussetzung Klarheit. Es geht nicht an, auch weiterhin sich noch der Forderung nach Schaffung stabiler Rechnungseinheiten, insbesondere für die Steuererhebung, verschließen zu wollen. Welch ungeheure steuerliche Mehrbelastung der Kauf-

kraft hat die Geldentwertung angesichts der Stagnation der Tarife in den letzten Wochen mit sich gebracht! Hier muß nach klaren Verhältnissen gesucht werden. Jetzt bedeutet die Auswirkung unserer Steuergesetze ein so starkes, vom Gesetzgeber nicht gewolltes Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Kräfte, daß das Versteigern der Steuerquellen eine wesentliche, leider zu wenig beachtete Gefahr ist. Glaubt man so Sicherheiten für Anleihen, die am internationalen Finanzmarkt unterzubringen sind, zu schaffen? Eine Atempause ist Deutschland zugebilligt, eine Atempause, die der Stärkung und Festigung weltwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Vernunft dienen muß. An uns liegt es, den Beweis dafür zu erbringen, daß wir rücksichtslos bereit sind, alles zu tun, was billigerweise von uns an Arbeit, Produktionssteigerung und Konsumtionsminderung geleistet werden kann!

Gold oder gleichwertige Sicherheit.

D. Paris, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Heute Montag werden sich die belgischen Delegierten Delacroix und Bismans zu den Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin begeben. Sie werden nach Brüsseler Meldungen von zwei herausragenden Persönlichkeiten der Brüsseler Finanzwelt begleitet sein, die den Verhandlungen in der Finanzwelt als Sachverständige beizutreten sollen. Der „Temps“, der sich während der letzten zwei Tage um die belgischen Interessen ganz besonders befasst hat, läßt sich Leute aus Brüssel berichten, daß man in dortigen offiziellen Kreisen großen Wert darauf lege, von Deutschland als Garantie für die Schatzwechsel Golddepots oder andere gleichwertige Sicherheiten zu erhalten. Ministerpräsident Delacroix habe der belgischen Delegation bereits Instruktionen gegeben, von der Reichsregierung an Stelle einer Garantie in Gold nur ganz vollwertige Sicherheiten anzunehmen, die garantiert seien, die Diskontierung der deutschen Schatzwechsel ohne Schwierigkeiten zu ermöglichen. Der „Temps“ berichtet weiterhin, daß eine belgische offizielle Note, die sich bemüht, alle Befürchtungen über eventuelle deutsche Ausfälle bei den kommenden Verhandlungen zu beschwichtigen, zweifellos die Ansichten der belgischen Regierungsteile wiedergibt. Die betreffende Note erklärt, durch die in der Entscheidung der Reparationskommission enthaltene Klausel, daß für den Fall, daß eine belgisch-deutsche Einigung über die Pfänder nicht zustande komme, müßten die deutschen Schatzwechsel durch ein Golddepot in einer von Belgien auszuwählenden ausländischen Bank garantiert werden. Klar ausgesprochen sei, daß nur gleichwertige Sicherheiten in Betracht kommen können. Als Äquivalent nennt die Note unterzeichnetlich verbriefte Regierungsgarantien deutscher Großbanken, die über genügend Goldreserven oder einen einwandfreien Kredit verfügen. Die Garantie, monach Belgien mit England oder mit anderen Finanzmächten bereits über die Diskontierung der deutschen Schatzwechsel Abmachungen getroffen hätte, werden sowohl von offizieller offizieller Seite als auch von belgischen maßgebenden Kreisen dementiert.

Die Garantien für die Schatzwechsel.

Br. Berlin, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird über den Bericht, den der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Schröder in der am Samstag stattgefundenen Oberbörse über keine Verhandlungen mit der Reparationskommission abgesehen hat, weitere Mitteilung an die Öffentlichkeit nicht gemacht werden. Dagegen sind die beteiligten Kreise damit beschäftigt, die Vorbereitungen für die Verhandlungen mit den belgischen Vertretern zu treffen. Diese Verhandlungen werden nach belgischer Auffassung voraussichtlich wohl erst am Mittwoch beginnen. Die Mitteilung einer Berliner Korrespondenz, daß im Kabinett erwogen würde, ob nicht Schatzwechsel durch eine Unterkauf des Reichsbankpräsidenten von Davenheim garantiert werden könnten, wird von ausländischer Seite als reine Kombination bezeichnet. Damit stimmt eine Mitteilung aus Reichsbankkreisen überein, die feststellt, daß eine Unterkauf des Reichsbankpräsidenten als naturnotwendige Folge der Auslieferung der Goldreserven der Reichsbank nach sich ziehen würde und deshalb von dem Reichsbankpräsidenten unter keinen Umständen geleistet werden kann.

Eine neue Rede Poincarés.

D. Paris, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittags der Einweihung eines Denkmals zu Ehren des französischen Historikers Loret Honfleur beigewohnt. Die Ansprache hat sich im Rahmen der bei solchen Anlässen üblichen Reden gehalten. Der Ministerpräsident hatte es sich aber nicht versagen können, zum Schluss noch einige Anspielungen auf Deutschland zu machen. Unter anderem unternahm es Poincaré, Frankreich gegen die Verdächtigung des Militarismus zu verteidigen und erklärte zum Schluss: Die Deutschen werfen uns jetzt Imperialismus vor, während wir vor aller Welt Geduld wie Mäßigung an den Tag legen. Sie selber haben neuerdings „Deutschland, Deutschland über alles“ zur Nationalhymne erhoben. Also meine Herren, pflegen wir die Werke Loret Honfleur und halten uns bereit, unsere Rechte zu verteidigen.

Die Einberufung der französischen Kammer.

D. Paris, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „Liberté“ glaubt annehmen zu können, daß Poincaré und der Kammerpräsident Beret beschließen haben, die Kammer auf den 10. Oktober einuberufen. Zunächst werden Interpellationen über die auswärtige Politik und das Budget beraten werden.

Die Abstimmung über die obererschlesische Autonomie.

W.T.B. Döbeln, 3. Sept. Nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten 513 126 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50 403 für die Autonomie oder Obererschlesien.

Br. Benthien, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Abstimmung verlief, nachdem von einem Zwischenfall im Kreis Hindenburg, im allgemeinen ruhig. In Sosnitsa hatten sich mehrere Wahlberechtigte, die nicht in die Stimmliste eingetragen waren, dem Wahlvorsteher entgegen und nahmen ihm die Wahlkarte fort, so daß das Wahllokal geschlossen werden mußte. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 80 und 90 Prozent. Im allgemeinen ergab sich die Mehrzahl der Stimmen auf den Stimmzetteln: „Obererschlesien soll eine preussische Provinz bleiben.“ Eine Ausnahme bilden Wilschowa, wo 676 Stimmen für Autonomie und 486 Stimmen für Verbleib Obererschlesiens bei Preußen abgegeben wurden, und Friedrichswille, wo für die Autonomie 248 Stimmen und 136 für Verbleib bei Preußen abgegeben wurden.

Im übrigen verteilen sich die Stimmen auf die einzelnen Orte wie folgt: Benthien-Stadt: Stimmrecht 38 877, davon 21 836 für Preußen und 18 363 für Autonomie; Benthien-Land: Stimmrecht 33 272, davon für Preußen 19 371, für Autonomie 4910; Kreis Tarnowitz: Stimmrecht 13 515, für Preußen 6395, für Autonomie 4324; Ratibor-Stadt: Wahlbeteiligung 80 Prozent, für Preußen 16 270, für Autonomie 974; Kofel-Stadt: Wahlrecht 4277, für Preußen 3083, für Autonomie 180; Kofel-Land: für Preußen 26 984, für Autonomie 1710. In Hindenburg und Gleiwitz sind die Ergebnisse noch nicht festgesetzt.

Aus den anderen obererschlesischen Orten wird amtlich noch folgender Prozentsatz für Preußen gemeldet: Rosenburg 98 Proz., Gleiwitz-Land 75 Proz., Gubenstag und Kreis Lublin 92 Proz., Kellie 99 Proz., Leobisch 99 Proz., Grottau 98 Proz., Krensbura 95 Proz.

Die Entscheidung über die Zukunft Deutsch-Oberschlesiens ist ausgefallen, wie man es erwartet hatte. Deutsch-Oberschlesien bleibt bei Preußen! Wer dem Wohl des Landes und damit dem eigenen Wohl wirklich dienen wollte, konnte nicht für staatliche Autonomie, sondern nur für provinzielle Autonomie stimmen, also für das Verbleiben im preussischen Staatsverbande. Die Bildung eines neuen Staates hätte Unsummen gekostet und Steuern nach sich gezogen, die die Bevölkerung gar nicht zu tragen imstande gewesen wäre. Die Not der Zeit ist ohnehin gerade fürchtbar genug und die Wirtschaftskraft Oberschlesiens durch die Locknung wertvollster Gebiete gerade geschwächt genug, um jede weitere Belastung zu verbieten. Einem kleinen Staate fehlen die Hilfsquellen und Ausgleichsmöglichkeiten, über die der Großstaat verfügt. Es ist hier wie im wirtschaftlichen Leben: Der Großbetrieb ist vorteilhafter als der Kleinbetrieb. Durch die Zusammenschließung der Einrichtungen, durch die Einheitlichkeit der Leitung werden Kräfte erspart; Fehlbeträge auf der einen Seite werden durch Ersparnisse auf der anderen ausgeglichen. Das Gesetz der großen Zahl tritt in Kraft. Was der Schwächere nicht vermag, leistet der Stärkere.

Preußen kann und will helfen, will alles tun zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Gefundung des deutschgebliebenen Teiles von Oberschlesien. Ins Auge gefaßt ist die Förderung des Berufs- und Fachschulwesens, die Durchführung der Berufsschulpflicht für die männliche und weibliche Jugend, insbesondere die Förderung der Baugewerkschulen, des landwirtschaftlichen Schulwesens. Der preussische Handelsminister hält eine Beteiligung Preußens an dem kommunalen Kraftwerk in Oppeln für unbedingt erforderlich. Die bestehenden fiskalischen Schachttanlagen sollen im Laufe der nächsten Jahre derart erweitert werden, daß sie etwa eine Million Jahresförderung mehr ergeben. Die Selbstverwaltungsrechte in Ort, Kreis und Provinz sind sichergestellt und können ganz nach Wunsch und Willen der Beteiligten benutzt werden. Das Mißtrauen, das gegenüber dem alten Staate Preußen vorhanden war, erscheint nicht mehr gerechtfertigt; denn wir stehen einem neuen Preußen gegenüber, da die frühere Herrschafte ihre Macht verloren hat. Andere Männer sind ans Ruder getreten, ein anderer Kurs wird gesteuert. Nicht das Standesinteresse, sondern das Staatsinteresse bildet den Leitstern, nach dem sich alles richtet.

Es galt diesmal, die polnischen Pläne zunichte zu machen und für Oberschlesien diejenigen öffentlichen Verhältnisse zu sichern, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau erleichtern und eine Schutzwehr gegen die von Polen drohenden Gefahren bilden. Die obererschlesische Bevölkerung hat bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt war!

Der französische Lieferungsvertrag mit Stinnes.

D. Paris, 4. Sept. (Sta. Drahtbericht.) Der französische Senator Luberlac, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralverbandes für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit Herrn Duas' Stinnes über die Lieferung von Wiederaufbaumaterialien einen Vertrag abgeschlossen hat, hat im „Echo de Paris“ über das Zustandekommen des Vertrages sowie über seine Beziehungen mit Stinnes ausführlich berichtet. Der Senator erklärt u. a., er habe als Präsident des Zentralverbandes, der die Interessen von 120 000 Kriegsschädigten mit einem auf 13 Milliarden geschätzten Schaden zu vertreten habe, die Initiative ergriffen, mit Stinnes in persönliche Verhandlungen zu treten, nachdem die französischen Kriegsschädigten seit vier Jahren vergeblich auf eine Wiederherstellung der Zerstörungen gewartet und die Geduld verloren hätten. Am 13. August sei er in der Nähe von Mainz mit Stinnes zu einer Unterredung zusammengetroffen. Der ganze Inhalt der vereinbarten Konvention sei in der Einleitung zu diesem Documente wiedergegeben, die folgendermaßen lautet: In einer Zugankunft zwischen Luberlac und Hugo Stinnes hat Luberlac die besonders kritische Lage auseinandergelegt, in der sich heute die französischen Kriegsschädigten befinden, die immer noch obdachlos sind, und er hat auf den beruhigenden Einfluss hingewiesen, den eine wirksame Beteiligung Deutschlands beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auf die deutsch-französischen Beziehungen ausüben werde. Stinnes, der sich den Anforderungen Luberlacs durchaus angeschlossen und seine Bereitwilligkeit zu dieser Wiederaufbauarbeit zum Ausdruck bringen will, hat mit Luberlac folgendes vereinbart:

Es folgen die einzelnen Artikel des Übereinkommens, in denen sich Stimmen vertheilen, dem Konventions-Hand-Materialien zu liefern, die für den Wiederaufbau Frankreichs geeignet sind. Der Senator klate weiter bei, das der Zentralverband einen besondern Auschuß ernannt habe, bestehend aus den Verwaltungsratsmitgliedern des Zentralverbandes der Union, der Architekten, Schriftfelle und des internationalen Bauverbandes, welcher sich mit diesen deutlichen Naturalieferungen besonders zu befassen habe. Frankreich könne nichts Besseres tun, als dem Beispiel Englands und anderer Affierten folgen und mit Deutschland in direkte Verhandlungen einzutreten. Gerade durch diese Methode könnte am allerehesten die Intente cordiale mit England gerettet werden. Doucheur habe bei den Verhandlungen Verhandlungen der richtigen Weg gewöhnt. Dem französischen Wiederaufbauministerium sei es überlassen, den Anteil der französischen Industrie an den Lieferungen zu bestimmen. Man habe bereits befragt, das das allgemeine Interesse es notwendig mache, von Deutschland Materialien zu beziehen, wie z. B. Zement, Backsteine, Kalk, Stegel, Schiefer, Holzgerüste und kleinere Utensilien zum Bauwerke.

Über den persönlichen Eindruck der Besprechungen mit Stinnes hat der Senator erklärt: Seine Unterhandlungen mit Stinnes haben ich entgegen der Legende als ein Stinnes ein vangermanischer Bär sei, in den Formen der vollkommensten Höflichkeit abgelaufen. Ich habe in Stinnes einen außerordentlich intelligenten und entschlossenen Deutschen gefunden, der bereit ist, aus äusserste die Interessen seines Landes zu verteidigen. Daraus kann ihm niemand einen Vorwurf machen. Er ist in der Unterredung sachlich und von einer manchmal etwas Aufdringlichkeit, aber er weiß, ob er ja oder nein sagen will. Ich bin sicher, daß Stinnes, als er das letzte Dokument unterzeichnete, ebenso überzeugt war, im Interesse seines Landes zu handeln, als ich es bin, französische Interessen zu verteidigen zu haben.

Eine interalliierte Schuldenkonferenz.

D. London, 4. Sept. (Eig. Drahtber. d. t.) Der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“ teilt mit, daß zwischen Lord George und Poincaré bereits ein Gedankenaustausch begonnen werde, zwecks Einberufung einer internationalen Konferenz. Lord George bereite angeblich einen Parlamentsbesuch für eine gemeinsame wirtschaftliche Aktion in Europa vor, die eine internationale Anleihe erörtern soll, und man hefte, daß die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf den Marktfuß teilgenommen werden. Auch der Völkerverbund werde sich mit der Frage beschäftigen. Lord Balfour hat Sir Balfour aufgefordert, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

Zusammentritt des Reichsbegnadigungsausschusses.

Br. Berlin, 4. Sept. (Ein. Drahtbericht.) Der Reichs-
begeordneterausschuss, der von der Reichsregierung auf
Grund des Amnestiegesetzes einberufen worden ist, hat sich
gestern im Reichsausschussministerium konstituiert und zu seinem
Vorsitzenden den Abgeordneten Börsch (H. S.) gewählt.
Der Ausschuss trat sofort in die Beratung und Beschluß-
fassung über einzelne, bereits vorliegende Graden-
sache ein. Die Beratungen sind nicht öffentlich.

Staatstheater.

(Großes Haus.)

In neuer Einstudierung aus am Samstag das Musikdrama „Tosca“ von G. Puccini in Scene. Die Bezeichnung „Musikdrama“ ist etwas flüßig — wieviel äußerliche Kunstgriffe der Komponist auch noch seinem großen Vorwänger Rich. Wagner abelern hat man. Schauerdrama — wäre richtiger. Die Oper — nach V. Sardous „Tosca“ bearbeitet — spielt um 1800 zu Rom, in den Tagen der Neapolitanischen Schreckensherrschaft, und ist wohl das Unholdste, was je durch die böse Kunst der Musik „verberlicht“ wurde. Der Maler Cavaradoschi gehört in der Kirchenkapelle, die er auszumalen hat, einem aus der Engelsburg entflohenen Freunde glänzende Aufnahme. Durch die Heimlichkeiten wird die Eifersucht der Tosca, der Geliebten Cavaradoschis, erregt. Der Volksheld Scarpia durchläuft die Situation und löst nun den Maler selbst gefangen nehmen. Das Leben des der Folterung Untermorbenen soll davon abhängen, ob und wie bald Tosca sich dem brutalen Scarpia in Liebe ergeben will. Bis zu dem Punkt, wo Tosca diesem ihrem Weinger das Messer in die Brust stößt, bildet die Handlung in Puccinis veritlichem Drama eine Fänsung von Schaurigen Wahrheiten, die ihrer nervenaufreizenden Wirkung sicher sind! Der Schluss der Oper mit den Abschiedsszenen zwischen Cavaradoschi und Tosca hinterläßt dann einen mehr künftlich geschlossenen Eindruck, wenigleich es auch hier endlich richt ohne Rord und Selbstmord abgeht. Die Reuebelegung der Hauptrollen erregte Aufmerksamkeit. Herr Roth als „Scarpia“ bot im ganzen das zutreffende Bild des kalt berechnenden Henckers, dessen gemeine Sinnlichkeit sich plötzlich mit Gewalt Bahn bricht. Durch weitere psychologisch erachtete Züge ließen sich die Kontraste vielfeicht noch interessanter ausbilden. Die himmlischen Borzüge des Künstler, namentlich auch seine plötzlich gefonnne Gelanagsclamation: alles lebt zu rühmen. Herr Scherer fand in den leidenschaftlichen Gelanagsmotiven, die Puccini für die Partie des „Cavaradoschi“ bereit hat, erwünschte Gelegenheiten. Seinen frühen kräftigen Tenor glänzend ausklingen zu lassen. Als „Tosca“ stand ihm Fr. Fr. Fr. Maerker mit Leben atmender Kunst zur Seite. In den Liebeszenen mit Cavaradoschi“ erließen ihre Stimme ganz an Wärme und Innlichkeit des Vortrags einigstellt. Von ihrer wechsellrollen Ausdrucksfähigkeit, aber kändeten die Szenen des weiten Akts, wo „Tosca“ — bedrängt durch die Angriffe des gierigen „Scarpia“ und andererseits abgelenkt durch die Schmerzensrufe des gefolterten Geliebten — endlich dessen Geheimnis preisgibt und dann ihre Rache an dem Bedränger nimmt, ihre gelangte die dramatische Ober in der Künstlerin zu freudigem Durchbruch, und ihr Gesang war voll Farbe,

Der Zwischenfall in Oberkassel.

W.T.B. Paris, 2. Sept. Nach einer Dapasmeldung aus Brüssel hat man gestern abend in Oberitalien den stellvertretenden Bürgermeister, den Polizeikommissar, den Schankwirt, bei dem der Zwischenfall sich ereignet hat, seinen Sohn und zwei deutsche Polizeibeamte verhaftet, die sich in der Schenke in dem Auenbild befanden, als die Wache eintraff. Außerdem hat die Internationalisierte Rheinlandkommission jeftigen Befehl zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens unterlag. Die Straßen werden von Patrouillen durchzogen.

W. T. B. Paris, 3. Febr. Der Sonderberichterstattor des „Echo de Paris“ berichtet folgende Einzelheiten über das Verbrechen, dessen Opfer der Sergeant Stas und der Soldat Boudhant in Oberitalien wurden: Der Sergeant befand sich in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag in dem Café „Reinluft“ gegenüber dem Quartier. Das Café blieb trotz der Befehle der Polizei die ganze Nacht geöffnet. Ubrigens verkehrten darin der Bürgermeister und die Polizeibeamten. Der Inhaber Rönighausen machte aus seinen Belgien feindseligen Gefühlen keinen Hehl und ließ sich bei früherer Offiziersabirant. Im Laufe des Abends war schon eine lebhaftc Reinigungsverhandlung zwischen dem Sergeanten und dem Kaffeehausbesitzer ausgebrochen, da dieser Forderungen gegen die Beisetzungsarmee ausgereicht hatte. Ein Kamerad von Stas hatte sich eingemischt und die beiden getrennt. Eine halbe Stunde später, als Stas in sein Quartier zurückkehrte tötete ein Säug den ersten Boudhant, der vor dem Eingangs Posten stand. Ein zweiter Säug tötete Stas in dem Augenblick, als er seinen Browning kassiertig machte, um sich zu vertheilgen. Die Wache trat sofort heraus. Die Soldaten haben den Sergeanten fassen und fanden bei einer Wafsthanle den zusammengebrochenen Wachtposten, der die Hände in den Fäulen hatte. Der Häuserblock, in dem sich das Café befindet wurde sofort umstellt, und man setzte auf diese Art die Hand auf die Zeugen und wahrscheinlich auch auf die Mörder. Die an Ort und Stelle vorzunehmenden Feststellungen und die Berlekungen der Toten ergaben, daß der Mörder hinter der Kassekanale in der Nähe des Einganges zum Truppenlager kniete. Die Schüsse wurden mit erschütternder Sicherheit abgegeben. Die erste Angel traf Boudhant in die rechte Schläfe, durchbohrte den Helm und trat oben am Kopf wieder heraus. Die zweite Angel durchbohrte die linke Stas an der rechten Schläfe. Der Säug war auf nähere Entfernung abgegeben worden. Bis jetzt lenkt alles den Verdacht auf den Sohn Rönighausens, der im Laufe des Abends bei der Auseinandersetzung, von der weiter oben die Rede war, Todesdröhungen gegen den Sergeanten ausgestoßen hatte.

Das Bedauern der deutschen Regierung.

W. T. B. Berlin, 2. Sept. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landshera, hat der belgischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Oberkassel zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig erklärt, daß die deutsche Regierung auf ihre endgültige Stellungnahme bis zum Vortrage des Untersuchungsergebnisses vorbehalte.

Zusammenstöße in Charlottenburg.

Br. Berlin, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntagnachmittag hatte die kommunistische Partei zu Straßenkumulationen in mehreren Stadtvierteln Berlins aufgerufen, angeblich unter der Mäna Wache und Wohnungsnot. In Charlottenburg kam es bei der Kältebr eines Demonstrationen aus zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Schutzpolizei. Die Menge wollte einen Straßenbahnwagenfahrer und einen Aufseher an der Weiterfahrt hindern. Als beide die Fahrt fortsetzen wollten, führte die Menge den Straßenbahnwagen und die Drohkete und praelte die beiden Fahrer. Schutzpolizei griff ein und verhaftete die zwei Hauptverursacher festzunehmen. Die Menge griff jedoch die Schutzpolizei an. Hierbei kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf die Schutzpolizei von der Waffe Gebrauch machte. Unter vieler Mühe gelang es schließlich den Beamten, die beiden Hauptverursacher in ein Nachtlokal zu bringen. Kaum waren die beiden dort interniert, als die Menge verurtheilte das Nachtlokal zu stürmen, um die dort genommenen zu befreien. Als mehrere Beamten die Menge mit der blauen Waffe angriffen wollte, wurde sie mit Schüssen empfangen. Erst gegen die Beamten ihre Pistolen und gaben mehrere Schüsse in die Luft ab. Als die Menge auch noch nicht wich, schossen die Beamten hart in die Menge hinein. Nach den bisherigen Feststellungen scheinen tödliche Verwundungen nicht vorgekommen zu sein. Etwa drei oder vier Personen sind durch Schüsse verletzt worden.

Der deutsche Anwaltstag abgefragt.

Br. Berlin, 4. Sept. (E'a. Drahtber.) Wegen der großen wirtschaftlichen Notlage hat der Vorstand der Anwaltschaft laut „Montagspost“ den deutschen Anwaltsverband am 10. September nach Hamburg einberufen war. abgesetzt.

Alana und Geistigkeit Zur erlosarichen Hauptvielerigen Durchföhrung stehen ihr alle Mittel zur Verfügung. Ihre eigenartige raffine Schönheit lenkt man von von ihrem Gastspiel als „Aida“ her: raut und schlan, geschmeidig und schwelend erhebt, entfaltet sie in ihren Bewegungen eine so natürliche Anmut, in ihren Stellungen eine so malerische Bildhaftigkeit, in ihrer Mimik soviel überausende Beredtheit, daß man von ihrer Darlegung vieler feurig erregten Südländerin „Isola“ manentlich eingeht wird. Auch die feineren Varien der Oper lagen in wunderbarsten Hörden: besonders Herr Siedler kam mit dem gottesgegebenen „Rehner“ der Kirche ein freundlich anmutendese Charakterbildchen. Herrn Mebus' schmack- und stimmungsvoller Inszenierung der Oper — mit dem prunkenden Einzug des Königs in den ersten Akt — ist noch von früher in Letter Erinnerung. Herr Proi. Manastadt hatte wieder die musikalische Föhrung der leidenschaftliche Stil der Partitur, die rühmliche Berge und effektvolle Farbtheit der Orchesters praaten sich klar und glänzend aus. Das Publikum hatte der Revueinszenierung rege Theilnahme entgegengebracht. Der rauchende Beifall galt indes wohl weniger dem Werke selbst, als den wertstättigen Darstellern. Unser Intendant hat mit dem Engagement der neuen Kräfte — auch der neuliche „Meisteringer“ Bogner, Herr Abendroth, und die feinstimmige „Piaolotto“ Gisela Frau Goldberger-Fehle, seien in diesem Zusammenhang genannt — allem Anschein nach einen sehr glücklichen Griff getan. Q. D.

(Reines Haus.)

„Der blaue Heinrich“. Schwanf in 3 Akten von Otto
Schwarz und Georg Lengbach.

Auflast für den Reigen der Neuaufführungen, die uns mit dem Wiederbeginn der Spielzeit im „kleinen Haus“ bevorzugen, war ein Schwant, der, ausgestattet mit allen Attributen seiner Gattung, den hochachtbaren Zweck erfüllte, insofern der unerwünschten Salutarverhältnisse (auf die natürlich mehrfach angespielt wurde), nicht gerade förderlich in die Welt blühendes Publikum ein paar kurze Stunden zum Lachen zu bringen. Mehr will der „Hauze Heinrich“ nicht, mehr haben seine Güter, deren einer als mitschuldig am „Gartenflieder“ bereits bekannt ist, wohl auch nicht beabsichtigt. Denn der Inhalt ist ebenso dürftig und durchschnittlich, die Handlung ebenso bedeutungslos konstruiert, wie das mehr oder weniger bei allen Stücken feststellt werden kann die das Amüsierenwollen um jeden Preis zur Devise haben. Unverkennbar aber sind Technik und Routine, mit der die einzelnen Schwanzen in die Bühne gestellt und die Begleitbeurtheilung zum gelegentlich auch einmal hart gewürzten Ragout gerichtet sind. Ein arroganter verschundeter Graf ist schließlich nichts Neues mehr, ebenso wenig die Taktlose

Der Reichspräsident in Bremen.

W. T. B. Bremen, 3. Sept. Bei der Niederdeutschen Woche hielt Gerhart Hauptmann im Schauspielhaus nach Begrüßungsansprachen der Professoren Schilling und Sellmar's eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Sprache zurief: „Bleibt einig im Doffen, im Glauben und in der Gewisheit, daß Deutschland den Hafen erreichen und wiederbegrüßt werden wird.“ Inzwischen sammelte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menge an, an die der Reichspräsident lebhaft begrüßt, einige Worte richtete, wobei er die Notwendigkeit betonte, daß jeder an seinem Theil mitwirken müsse an den großen Aufgaben der Nation zum Wiederaufbau Deutschlands. Nach der Gerhart-Hauptmann-Feier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf die Annahmen des Generalkonsuls Roleius und des Bürgermeisters Dr. Spitta antwortete. Er sagte u. a.

Wir sind Ihrem Ruf, gemeinsam mit Ihnen diese völkstümliche Veranstaltung der Heimatliebe, die Niederdeutsche Woche, zu eröffnen, gerne gefolgt. Infratürkische Bürgerkriegen und wirtschaftlicher Weichheit, wie sie von allenthalben in Bremen lebten, haben zur Gründung der „Heimatliebe“ geführt, die es sich zur Aufgabe stellt, tätig am Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur in der niederdeutschen Heimat mitzuarbeiten. Ihr verdanken wir das prägnante und vielgestaltige Werk dieser Niederdeutschen Woche Gerade in dieser trüben Gegenwart in der unser armes Volk so schwer wie nie sich unter äußerem Druck an der Entlastung seiner freien Kräfte gehindert sieht, ist es nötig, aus der Verunsicherung mit der Heimat, aus der Erkenntnis ihrer Kräfte und deren Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterland das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, das muthen und fähenden Optimismus bannet und uns stärkt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben.

Die Niederdeutsche Woche ist in erster Linie eine Kundgebung der niederländischen Stämme; sie will aber auch darüber hinaus eine Kundgebung sein für die Gemeinschaft aller deutschen Völkstämme und ein Gelächter für die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Deutschen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes. Das tut uns besonders not in dieser schicksalsschweren Zeit, das Bewußtsein, daß wir auf dem Boden der Heimathellen Glieder und alle Schichten unseres Volkes eins wissen in der Widerstreit der ganzen deutschen Nation. Unzerrenbar verbindet ein hartes Band des Schicksals Heimat und Vaterland.

und Wünsche und hoffe ich denn, daß von dieser Nieder-
deutschen Wode allerlei ausgehen möge als Anregung und
Beanwetter über aus Deutschland: der sache. mutige
und unverzagte Geist der hier in Bremen und in
Niederlathen lebt, das Gefühl fester Zusammengehörig-
keit und innerer deutscher Volkseineiwart. Mit diesem
Wunsche und feralchem Dank an alle, die an diesem Werke
mitthelsen und weiterhelfen, beehrte ich die Niederdeutsche
Wode und wünsche ihr reihen Erfole.

Nach dem Reichspräsidenten sprach als Vertreter der niederdeutschen Universitäten der Rektor der Universität Münster, Professor Dr. Rohmann. Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportfeld auf Veterswerder, wo er der siegreichen Mannschaft im Siefenlauf den Pokal der Botsgerilde überreichte. Hierbei wies der Reichspräsident auf die große Bedeutung des Sports für die Wiedergesundung des deutschen Volkes hin. Auch dem Stadtfestspiel Köln-Breemen konnte der Reichspräsident noch kurze Zeit bewohnen. Danach war er Gast des Senats Am Abend erfolgte keine Weiterreise nach Kle-

Die Not der Presse.

Bd. Offensbach, 4. Sept. Der „Offenbacher Generalanzeiger“, die Morgenausgabe der „Offenbacher Zeitung“, hat sein Erscheinen eingestellt. Auch die im 27. Jahrgang erscheinende „Neue Friedberger Zeitung“ stellte mit dem 1. September ihr Erscheinen ein.

Bb. Halle, 4. Sept. Infolge der Not im Zeitungsge-
werbe stellten die „Bernburger Zeitung“ und der „Anhalter

Generalanzeiger", beide in Petersburg. Ihr Erscheinen ein-
W. T. B. Hannover, 4. Sept. Die hannoversche Lan-
deszeitung", die ehemalige "Deutsche Volkszeitung", stellt
nach 35 Jahren des Bestehens das Erscheinen als Tagesblatt
ein und wird nunmehr nur als Simulacrum erscheinen. Das
Blatt ist das Organ der Deutsch-Hannoversaner und der
Weihenpartei.

„Vormärz“ und „Freiheit“.

Br. Berlin, 4. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Meldung einer Korrespondenz, das zwischen dem Vortwärts und der Freireich zurzeit Verhandlungen über die Herausgabe eines gemeinsamen Blattes stattfinden, wird vom Vortwärts als falsch bezeichnet. Es handelte sich um unbesinnende Kombinationen, die sich aus der Lasten der Einleitung zwischen der S. B. D. und der U. S. F. ableiten lassen. Tatsächlich seien die Verhandlungen noch nicht weit gediehen und die Frage der Zukunft der beiden Zentralorgane bisher noch nicht erörtert worden.

daß er seine Tochter an einen reichen Bürgerlichen ver-
heiratet, um das Stammschloß der Familie zu erhalten.
Interessanter ist schon, wenn die Einführung der ehelichen
Verbindlichkeiten nachträglich von einer 300tägigen Bewäh-
rungsfrist abhängig gemacht wird. August Schulte hat die
Rale wohl, gerade als viele Fräulein herum ist, wird seine
Schwiegermutter, den „blauen Heinrich“ hinaus, läßt sich
schreiben und verläuft das Schloß an Theodor Vollenbach,
dessen Richte er betrautet. Der blaue Heinrich aber hat seine
Tochter im zweiten Akt dem Vollenbach vermählt und er-
scheint, annehmender denn je, wieder auf dem „Schloß seiner
Väter“, was die verwandtschaftlichen Verhältnisse so
kompliziert, daß nicht nur dem August Schulte, sondern
auch den Zuschauern etwas wirr im Kopf werden kann. Die
Bewährungsfrist, auf die sich Vollenbach mit Rücksicht auf
sein Alter nicht einzulassen zu können, und ein Tier-
parkscheiter aus Afrika, der ihm das Weibchen abnimmt
und vermutlich auch dem blauen Heinrich die „Identitöne“
heiraten wird, entwirren die längst zur Lösung reifen
Bewicklungen, die eine gewandte Darstellung eifertlos auf
die Spitze trieb. Im ersten Akt war es Bernhard Hermann,
dessen drastische Verformierung der Rolle des August Schulte
den Schwandauer den Stills betonte und den Abend da-
mit erfolgreich geklärte. Max Andriano hatte für den
Onkel Vollenbach nicht viel mehr aufzubringen, als sein
in ähnlichen Tönen schon so oft bewährtes Charakteris-
tisches, um die Sache auf seiner Seite zu haben. Die
Führung der übrigen Rollen war mit den Herren Gustav
Schwab (Graß Heinrich), E. H. Jägle (der Tierparkscheiter),
Kriedrich Brüder, sowie den Damen Reimers,
Doris Boh, Waga Kuhn (als sehr energisches Tier-
parkscheiter) und Selma Koller so, daß das Zusammenfallen
des Heiterkeitserfolgs des Abends von vornherein ver-
sürgte.

Aus Kunst und Leben.

* Leo Sternberg. Die Morgenfeier am Sonntag gehörte zu den wertvollsten literarischen Veranstaltungen der Bucherheube am Museum. Leo Sternberg las seine noch unveröffentlichte, in die Form einer Erzählung gekleidete Studie „Kopassis, ein Bild aus der Romantik“. Die äußere Handlung ist dürftig, um so reicher ist die Fülle des innerlich Lebenden. Dem jungen Kopassis wird die Geliebte Sophie von Ribben, die er mit der Inbrunst einer unirdischen Liebe verehrt, durch den Tod entzogen. Er beschließt, ihr nachzuleben, indem er den eigenen Willen zum Leben auslöscht. Aber eine andere Frau, Julie von Charnotier, gibt ihm dem Tödteln ab und führt den Dichter in ihm wach. So entsteht sein großer Roman „Heinrich von Osterdingen“. Stern-

Wiesbadener Nachrichten.

Mahnahmen gegen Teuerung und wirtschaftliche Not.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, nach der vornehmlich die Preisgestaltung der notwendigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Fleisch, Zucker, Fett, Milch, Brot, Kartoffeln, Eier, Obst, Gemüse, Kleidungsstücke jeder Art, Wäsche, Schuhwaren, sowie Holz und Kohlen, fortlaufend und eingehend zu überwachen ist. Zu diesem Zweck sollen bei den Erzeugern und Händlern, sowie auf den Märkten und in den Betrieben und Geschäften die Preise der in Betracht kommenden Gegenstände nach den maßgebenden Grundlagen der Preisberechnung, insbesondere nach den Gebührensätzen, nachgeprüft werden. Wo die Vorschriften über Preisgebühren und Preisverzeichnisse aufgehoben worden sein sollten, sind diese wieder sofort in Kraft zu setzen. Ihre Durchführung ist — unter Berücksichtigung der Salutzuschläge für Ausländer — streng zu überwachen. Bei der Entgegennahme von Strafanträgen aus der Bevölkerung haben die Polizeibehörden jedes Entgegenkommen zu zeigen und angelegte oder sonst festgestellte Missetaten mit äußerster Beschleunigung der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen, um diese nach Möglichkeit in den Stand zu setzen, die Schuldigen einer schnellen Verurteilung entgegenzuführen. Endlich ist dahin zu wirken, daß die Preisprüfungsstellen ihre wichtige Aufgabe mit Tatkraft wieder aufnehmen und durchführen.

Das Reichsernährungsministerium erklärte auf Anfrage, daß es der Einführung der allgemeinen Zwangswirtschaft im großen und ganzen ablehnend gegenübersteht. Das Reichsernährungsministerium sei bereit, über das Erhöhen des Landwirtsch. des Getreideumlagespreises zu erörtern, mit dem Auslaß, der den Preis für das nächste Landgedröckel schweben hat, zu beraten. Sollte man sich für eine Preissteigerung des ersten Umlagedröckels entscheiden, so würde der betragende Preis selbstverständlich nachgezahlt werden.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetags teilt mit: Infolge der dringenden Sorgen um die Volksernährung während des kommenden Winters war der Ernährungsaußschuß des Deutschen Städtetags am 1. September nach Halle einberufen worden. Auch die Vertreter verschiedener Reichs- und Staatsministerien waren zugegen. Es zeigte sich, daß die Stadtverwaltungen durchweg vom besten Willen befeuert sind, um mit ihren Kräften und Mitteln gegenüber der Lebensmittelnot zu helfen wie einst gegenüber der Kriegsnot. Doch können sie in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot zu diesem Zweck nicht das geringste unternehmen ohne die Gewährung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat. Wie leicht öffentlich erörterten Hilfsmahnahmen, die natürlich bedeutende Kosten — mindestens vorläufige — verursachen, sind und bleiben ohne finanzielle Reichs- oder Staatshilfe gänzlich undurchführbar. Die Hilfsorgane können sich auch immer nur auf diejenigen Fälle erstrecken, die sich nicht durch die Anpassung ihres Einkommens an die veränderten Verhältnisse selbst decken können, vor allem auf die Armen, die Sozial- und Kleinstrentner und die Militärrentner (Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene). Diesen aber wird vielfach wirkungsvoller geholfen werden können durch Naturalien, einschließlich Heilmittel, als durch Barunterstützungen. Die Versorgung durch festes Getreide in Form von Mehlentlopfungen (selbst wenn der Staat und das Reich die nötigen Zuschüsse zahlen), würde nach den reichen Erfahrungen der Städte auf diesem Gebiet aus vielerlei Gründen übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet. Jedenfalls würde es sich nicht empfehlen, etwa neue Einrichtungen zu schaffen. Nur die Erhaltung der Mittelstandsläden wurde als ein dringendes Bedürfnis für gewisse Bevölkerungsteile übereinstimmend befürwortet. In der Kartoffelversorgung haben die Städte schon seit dem Vorjahr sich von eigenen Geschäften zurückgezogen und das Feld dem landwirtschaftlichen Handel und den Verbrauchergenossenschaften geräumt, die vielfach organisatorisch und durch Kreditgewährung unterstützt werden. Nur in einigen wenigen Städten soll eine gewisse Kontrolle von der Stadtverwaltung eingelegt werden. Die gleichmäßige Verteilung der nächsten Zukerernte unter die Bevölkerung wird zunächst in der Form erreicht, welche eine völlige Zwangsmäßigkeit vermeidet. Mit der Bekämpfung der zuckererhaltenden Luxus-Industrie ist man selbstverständlich einverstanden. Die Seifenversorgung ist in der Hauptsache eine Kohlenfrage; entsprechende Anträge sollen gestellt werden.

Irga hat nachfolgend ein wunderbares Seelenporträt gezeichnet, keine von pantheistischer Mystik arbeitlos durchschautete Dichtung, sondern eine in der Sprache der Romantiker gezeichnete Weltanschauung. Die Sprache ist dem Gegenstand angepasst und steht in ihrer feierlichen Diktion gelegentlich die mystischen Abstraktionen der Symbole an die Stelle. Der Roman ist eine gedankenvolle Geschichte, unter denen eines „Mutter“ genannt durch schlichte Empfindung zu Herzen geht. Der Eindruck des Gebotenen war um so tiefer, als Eiersberg im Gegensatz zu vielen anderen Dichtern über einen guten Vortrag verfügt. W. W.

* Tanz-Spektakel. Elena Leonidoff-Wassera, Prima-Ballerina der italienischen Opern mit ihrem Ensemble am Samstagabend im großen Kurhaus. Man sah eine Tanzkunst, die überaus gut war. Sie mied jene körperliche Gelasstheit, die schon nach Akrobatenhaftem hinneigt und war zurückhaltend in dem Streben, alles diebisch sein zu wollen. Dies kommt vor Maniertheit und Unverständlichkeit gleichermäßen gerichtet. Dafür war alles fließende Bewegung und wohlbedachte Farbenpracht in charakteristischen Gruppen. Alles pufferndes, freudigsternendes Leben, Gelächter des Lebens. Die Solotänze, wie „Der Schwan“, „Salome“, „Attila“, „Die Waise“, waren gewiss als Ausdrucksmittel gedacht, sie vermittelten auch den Eindruck eines starken, tänzerischen Mittelstadiums und erbrachten den Beweis der Fähigkeit zur Gestaltung feinerer Stimmungen; die Freude an der amüsanten, lebensvollen Bewegung aber blieb doch immer heftig. In den Gruppenstücken wirkte eine merkwürdig gelassene Grazie, eine mit außerordentlich feinem ästhetischen Instinkt erfüllte Auffassung und Schöpfung der Vorne im Reigen ungemein wohlthuend. Wie gewöhnlich waren die vier Solotänzerinnen, ausnahmslos als Kostüm- und Differenziertheit elegant. Das alles war mehr als Ballett, war Tanzkunst, derer Art. Neben der schönen und glänzend begabten Elena konnten sich mehrere Talente männlichen und weiblichen Geschlechts wohl behaupten. Aber auch die vielen Eindrücke, denen noch die reizvolle Harmonie des Kunstgenusses anhaftet, scheitern auf dem Weg zu höheren Graden. — Das von seiner dankbaren Aufgabe angegriffene Kurorchestr gab unter Kapellmeister Bolts temperamentsvoller Leitung einen neuen Beweis seiner Zielverwandtschaft und trug zum Gelingen des abendlichen Abends wesentlich bei.

* Eröffnung der neuen Spielzeit im Mainzer Stadttheater. Das Mainzer Stadttheater hatte sich zur Eröffnung der Spielzeit Kleists „Verheiratete“ gewählt, ein Werk,

Vollversammlung der Handelskammer.

In der Vollversammlung der Handelskammer am 31. August d. J. wurden zunächst die Herren Ludwig Kub (Wiesbaden) als Vizepräsident und Walter Stöckel (Winkel) als Kassier und Wäcker vereidigt. Nachdem alsdann der Vorsitzende der Kammer, Herr Regierungsrat Dr. Adolf Häcker (Hochst a. M.) das unangenehm verstorbenen Präsidiumsmitglied Siegmund Hermann und des früheren Mitglieds Hugo Ragemann (Wiesbaden) gedacht hatte, wurden die einzelnen Punkte der Tagesordnung behandelt. Gemäß § 16 des Handelskammergesetzes scheiden alle zwei Jahre ein Drittel der Handelskammermitglieder aus und ist durch Neuwahlen (Ergänzungsahlen) zu ersetzen. Die danach neu zu wählenden Mitglieder werden durch das Los bestimmt, ihre Wahl soll Ende des Jahres vorgenommen werden. Hierzu werden schon jetzt die Wahlkommissionen und deren Stellvertreter bestimmt. Der Bericht der Vorsitzenden über die im Hauptauschuss und in der Vollversammlung der Deutschen Industrie- und Handelskassen demnächst zur Sprache kommenden Angelegenheiten, insbesondere über die Neuregelung der Handelskammergesetzgebung, wird von der Vollversammlung mit großem Interesse entgegengenommen. Die Folgen der fortschreitenden Geldentwertung und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen, insbesondere der Verkauf von Ausländern im besetzten Gebiet, die Preissteigerung im Einzelhandel, die Preissteigerung von Waren im Schaufenster, geben an eingehenden Erörterungen Anlaß. Die Vollversammlung billigt dabei die Leiber von der Handelskammer, insbesondere vom Kleinhandelsauschuss unternehmenen Schritte und beschließt, die aus der Mitte der Versammlung geltend gemachten und der Handelskammer sonst zugekommenen Wünsche und Vorstöße durch die Vertreter der Kammer in der bevorstehenden Sitzung der Vereinigung der Handelskammern des besetzten Gebiets vorzubringen. Der Landesauschuss der preussischen Handelskammern hat die Handelskammer nochmals um Stellungnahme zu der im Ausschuss genommenen Änderung der Gewerbesteuererhebung in Preußen gebeten. Die Handelskammer ist deshalb an eine Reihe von wirtschaftlichen Vereinigungen und Interessenten herangetreten, um entsprechende Material zu sammeln. Die Vollversammlung nimmt dabei mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Handelskammer leibhaftig schon vielfach erfolgreich in der Begutachtung von Realsteuerveränderungen und Gewerbesteuererhebungen im Bezirk tätig gewesen ist. Eine Reihe von Einsprüchen gegen die Heranziehung zum Handelskammerbeitrag werden als nicht begründet bezeichnet. Die entsprechenden Beschlüsse der Vollversammlung sollen den Interessenten bekanntgegeben werden. Die leibhafte Stellungnahme der Handelskammer zur Begutachtung von Darlehens- und Kreditanträgen gegenüber der Nassauischen Landesbank wird gebilligt. Zur Begründung wird besonders hervorgehoben, daß sich wohl kaum Verhältnisse finden, die zur Übernahme der in Betracht kommenden Lasten bereit und in der Lage sind. Die Rückzahlung der während der Zeit der Sanktionen an Unrecht erhobenen Zölle und Gebühren soll demnächst endgültig geregelt werden, wenigstens sind der Handelskammer entsprechende Mitteilungen auszugehen. Die Frage der Anlage von Lagerstätten und Lagerhäusern in Wiesbaden wird nochmals eingehend erörtert. Das bisher Geklebene wird gebilligt und ein weiteres Vorgehen vereinbart, um die Angelegenheit zu fördern. Der Antrag des Kaufmännischen Vereins Wiesbaden, c. B. auf Vermehrung der Handelskammermitglieder soll zurückgestellt werden, bis Näheres über eine Neuregelung des Handelskammergesetzes bekannt ist.

Die neuen Postgebühren ab 1. Oktober. Wie wir erfahren, liegen dem Reichsrat aus schließlich die neuen Entwürfe für die Erhöhung der Post-, Telegraphen-, Telegramm- und Fernsprechngebühren vor, die auch den Reichsrat des Reichspostministeriums am 4. und 5. September in feiner Sitzung beschließen werden. Die geplanten Erhöhungen, die am 1. Oktober in Kraft treten sollen, betragen durchschnittlich 100 Prozent. U. a. sind folgende Gebühren vorgeschrieben: Postkarten im Ortsverkehr 1.50 M., im Fernverkehr 4 M., Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 M., im Fernverkehr bis 20 Gramm 6 M., Pakete: Rahzone bis 5 Kilogramm 16 M., Fernzone bis 5 Kilogramm 40 M., Telegrammgebühren: bei gewöhnlichen Telegrammen soll die Telegrammgebühr auf alle Entfernungen 4 M. für jedes Wort betragen, im Ortsverkehr 2 M. für jedes Wort. Fernsprechngebühren: der Fernsprechnzuschlag soll von 160 Prozent auf 600 Prozent erhöht werden.

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Wie bereits in der Sitzung des Reichseisenbahnrats am vergangenen Mittwoch mitgeteilt wurde, ist von der Verwaltung der Reichseisenbahn eine weitere Erhöhung der vom

1. Oktober ab gültigen neuen Fahrpreise um 60 Prozent in Aussicht genommen, die zum 1. Dezember 1922 wirksam werden soll. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugtarife, die Militärfahrpreise und die Preise für Zeitkarten aller Art. — Die vom 1. Dezember 1922 ab gültigen Fahrpreise betragen im einzelnen: in der 4. Klasse 72 Pf., in der 3. Klasse 108 Pf., in der 2. Klasse 160 Pf., in der 1. Klasse 240 Pf. Das bedeutet für die 3. und 4. Klasse das 3fache, für die 2. Klasse das 4fache und für die 1. Klasse das 6fache des Friedenspreises. Die Schnellzugzuschläge geben in der ersten Zone für die 1. und 2. Klasse von 15 auf 50 Prozent, für die 3. Klasse von 8 auf 25 Prozent, in der zweiten Zone für die 1. und 2. Klasse von 30 auf 100 Prozent, für die 3. Klasse von 15 auf 50 Prozent in der dritten Zone für die 1. und 2. Klasse von 45 auf 150 Prozent, für die 3. Klasse von 23 auf 75 Prozent. Gegenüber einem Friedenssatz steigt damit der Schnellzugzuschlag in der ersten und zweiten Zone um das 10fache, in der dritten Zone um das 7fache. Als Preis für die Bundesfahrkarte wird die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse beibehalten. Bahnfahrkarten kosten 2.50 M.

Verminderung der Beamtenzahl bei der Eisenbahn. Wie eine Nachrichtenstelle erzählt, wird der Kopfzahl der deutschen Reichsbahnen durch Abschaffung freigewordener Stellen um insgesamt 8835 Beamtenstellen vermindert.

Die Vergünstigungen des Bürgschaftssicherungsgesetzes für Kleinwohnungen. Die infolge des Wohnungsmangels dringend erforderliche Neubeurteilung von Kleinwohnungen erhebt sich nach wie vor große Geldmittel, weshalb auf eine bisher verhältnismäßig wenig benutzte Geldquelle aufmerksam gemacht sei. Das Bürgschaftssicherungsgesetz vom 10. April 1918 (veröffentlicht in der Preussischen Gesetzammlung, Seite 43) erleichtert gemeinnützigen Bauvereinigungen und Stiftungen die Beschaffung zweifelhafte Hypotheken durch Übernahme der Staatsbürgschaft. Die geringe Ausnutzung der vom Gesetz dargebotenen Vorteile mag auf Unkenntnis beruhen, Schwierigkeiten, die etwa durch die Ausführgestimmungen bedingt sind, sind neuerdings so gemindert worden, daß sie nicht mehr ins Gewicht fallen. Muster für Anträge auf Übernahme der Staatsbürgschaft verleiht die Preussische Zentralgenossenschaftsstelle (Berlin C. 2, Am Zeughaus 1/2) auf Wunsch kostenlos.

Devisenablieferung. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin, hat der Handelskammer Wiesbaden ein Merkblatt über den Anlauf von Devisen, Schecks, Banknoten und Auszahlungen in ausländischer Währung durch die Reichsbank zugehen lassen, das eine Reihe von Erleichterungen für die Exporteure enthält. Dies Merkblatt kann in der Geschäftsstelle der Handelskammer, Adelsstraße 23, eingesehen werden.

Der Anlauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt, wie in der Vormode, vom 4. bis 10. September d. J. zum Preis von 5000 M. für ein 20-Markstück, 2500 M. für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. — Der Anlauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und die Post erfolgt wie bisher bis auf weiteres zum 12fachen Betrag des Nennwerts.

Falsche Reichsbanknoten zu 500 Mark. Von den seit Anfang August d. J. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 500 M. mit dem Datum des 7. Juli 1922 sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche, da es sich um rote Nachbildungen handelt, un schwer zu erkennen sind. Von Fälschungen fehlen teilweise die Hauptkennzeichen der echten Noten, und zwar: der rechtsseitig befindliche himmelblau getönte Grund mit den eingewirkten roten Pflanzenfäden, sowie das auf echten Noten in der Durchsicht auf erkennbare Wasserzeichen, das sich aus zwei feinsten, verlaufenden Bändern zusammensetzt, von denen das eine mit dunkler Randbegrenzung die helle Wertzahl „500 M.“, das andere umgekehrt mit heller Randbegrenzung, die dunkle Inschrift „500 M.“ trägt. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr mangelhaft nachgemacht. Vor Annahme dieser Nachbildungen wird gewarnt und ganz besonders empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten, vorbeschriebenen Wasserzeichens und des echten Faltstreifens zu achten. Gleichzeit wird in Erinnerung gebracht, daß das Reichsbankdirektorium für die Aufdeckung von Fälschungsversuchen und für zweifelhafte Mitteilungen, die zur Festnahme und Bestrafung von Fälschern und wissentlichen Verbreitern von falschen Reichsbanknoten führen, Belohnungen aussetzt, die im Einzelfall, je nach der Gefährlichkeit der Fälschungs, dem Umfang des Münzverbrechens und dem Maß der Verdichte bei der Aufdeckung bis zu einer Höhe von 50 000 M. bemessen werden und sowohl an Bahndienstbeamte, als auch an Privatpersonen zur Verteilung kommen können. Auch in den Fällen werden angemessene Belohnungen gezahlt, in denen durch die Aufmerksamkeit des Publikums und der Beamten Münzverbrechen verhindert werden.

Fürsorge für die Schwerbeschädigten. Die gesetzlichen Vorschriften, wonach ein Schwerbeschädigter nur mit Zustimmung der Bauaufsichtsstelle rechtskräftig gekündigt werden kann, sind erneut bis zum 1. Januar verlängert worden. Bis dahin wird voraussichtlich das neue Schwerbeschädigtengesetz, das gegenwärtig geltende Gesetz vom 6. April 1920 in wesentlichen Punkten ändert, in Kraft getreten sein. Der Entwurf ist fertiggestellt und wird den gesetzlichen Körperschaften nach deren Zusammentritt zugehen.

Die Wirtungen des Grundschulgesetzes. Das Unterrichtsministerium gibt in einem Erlass bekannt, daß während der Übergangszeit bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 der Eintritt in die höheren und mittleren Schulen nach nicht an die Bedingung vierjährigem Grundschulbesuch geknüpft ist. Dagegen dürfen vom Beginn des Schuljahres 1924/25 ab Kinder nur nach vierjährigem Schulbesuch aufgenommen werden, über die Stellung der Privatschulen, denen über diese Zeit hinaus Aufnahm geduldet worden ist, sollen noch besondere Verfügungen erlassen werden. In einem weiteren Erlass wird auf eine neue Schwierigkeit hingewiesen. Infolge Durchführung des Grundschulgesetzes werden voraussichtlich zu Beginn des Schuljahres 1924/25 noch vollständig der höheren Lehranstalten nur wenige oberer Klasse Schüler vorhanden sein, da die zu Beginn des Schuljahres 1921/22 schulpflichtig gewordenen Kinder nach den Bestimmungen des Grundschulgesetzes erst zu Beginn des Schuljahres 1925/26 an eine höhere Lehranstalt übergehen dürfen. Diese Verminderung der Schülerzahl über der völlige Ausfall einer Klasse wird sich voraussichtlich, wenn auch abgemindert, in den folgenden Jahren in den anderen Klassen verzeichnen. Die Provinzialschulinspektoren werden daher vom Ministerium aufgefordert, Voraussetzungen und Folgerungen dieser zu erwartenden Erscheinung schon jetzt sorgfältig zu prüfen, so weit vorübergehend eine Minderungs der Zusammenlegung von Klassen, Einschränkung des Besuchs an Lehrern usw. in Betracht kommt.

Der Kleinviehhol im September. Beim Geflügel in die Häuser allgem. Man reiche deshalb kräftiges, kalthaltiges Futter, damit die Neubeurteilung schnell vor sich geht. Den bisher auf beheiztem Raum gehaltenen Vögeln ist außerdem nach Möglichkeit freier Auslauf zu geben. Gegen Kälte und Kälte müssen die schichtbedeckten Tiere selbstverständlich geschützt werden. Die meisten alten Vögel haben mit Regen aufgefressen, junge, von den ersten Bruten begannen dafür vereinzelt damit, jedoch in der Ertrag an Eiern im allgemeinen gering. Die Ställe sind, weil das Geflügel wieder mehr auf sie angewiesen ist,

dem man auf den deutschen Bühnen außerordentlich selten begegnet, da es schwer zu meistern Anforderungen an die Darsteller und an die Spieltechnik stellt. Die Mainzer Aufführung konnte die klärende Wirkung der Bühne nicht überwinden, trotzdem sie von dem tüchtigen und zielbewußten neuen Oberregisseur Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch sorgfältig vorbereitet war und einige sehr anerkennenswerte künstlerische Leistungen bot. Man sieht die ganze Handlung ohne Pause auf einem, von Paul Thelma-Darmstadt entworfenen einfachen Festengelande vor sich gehen und erreicht dadurch, neben manchem Verfehlten, auch eine ideale Effekte. Für die Darstellung der ungemein anpruchsvollen Titelrolle konnte das Mainzer Stadttheater in Anne Kerken eine Schauspielerin ins Treffen führen, die über großes Können und blinderer äußere Mittel verfügt. Auch das amnische Fräulein Gudrun Kahlich bot als Prothoe eine bemerkenswerte Leistung. Dagegen blieb der Schicksal des Herrn Reinhold Ederhardt fast im Anfangstadium stecken. In den kleinen Rollen sah man, besonders bei den Damen, manches Beachtenswerte.

Das dritte Opernhaus Berlins. Am 1. September ist im Theater des Westens, wo bisher die letzte Mücke ihr Domizil hatte, die Große Volksoper eingezogen. Nachdem dieses gemeinsame Opernunternehmen, das von der Regierung stark gefördert wird, bereits in verschiedenen Berliner Häusern gastiert hat, wird es nun in der reizvollen Musikstätte des Westens ein vorläufiges dauerndes Unterkommen finden, bis der Umbau bei Kroll, dem allberühmten Theater am Königsplatz, vollendet sein und der Großen Volksoper ein eigenes Heim geben wird. Als erste Aufführung wurde Bechets „Freischütz“ mit namhaften Kräften gegeben. Die Bühne ist ganz neuzeitlich eingerichtet und den höchsten Anforderungen des Musikdramas gewachsen. Die Volksoper verfolgt den Zweck, ohne Abzicht großer Reingewinne, dem Volk die Schätze der Oper zugänglich zu machen. Schon nach der ersten Aufführung ist man berechtigt, die besten Hoffnungen auf das neue Unternehmen zu setzen.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Der durch Rotterdamer Kunstfreunde dem „Verband der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein“ zur Verfügung gestellte Preis von Holland wurde dem Dillendorfer Maler Richard Gehner für sein Bild „Stätten der Arbeit“ zuerkannt mit der Begründung, daß das Werk nach Schluß der gegenwärtigen großen Kunstausstellung des Verbandes im Wiesbadener Neuen Museum in das Eigentum des Museums Bosmans in Rotterdam übergeht.

